

mœurs a favorisé le séjour antiréglementaire d'une mineure dans une maison de prostitution.

Il y a donc lieu de reconnaître, avec les instances cantonales, la responsabilité civile d'Ochsenbein et de mettre à sa charge des dommages-intérêts en conformité de l'art. 55 précité.

7° Si l'on prend toutefois en considération qu'il n'est pas établi que le recourant ait agi avec dol, mais qu'il y a lieu plutôt d'admettre qu'entraîné par son zèle pour une bonne cause, il a commis seulement une grave négligence en ne contrôlant pas l'existence des faits articulés par lui de bonne foi à la charge du demandeur; si l'on envisage en outre que le fait matériel du séjour de la mineure Marie Leroux dans une maison de tolérance de Genève pendant onze jours est vrai; que c'est là un abus évident contre lequel tout citoyen a le droit de protester; si l'on retient de plus qu'aucun dommage matériel n'a été causé au demandeur; qu'il n'a point été suspendu ou révoqué de ses fonctions, mais qu'au contraire les attaques dirigées contre lui ont provoqué en sa faveur les témoignages les plus flatteurs de la part de ses supérieurs; en tenant compte enfin, en dehors de tous ces motifs d'atténuation, de la quotité des indemnités allouées par le Tribunal de céans dans des cas analogues, et du fait que l'art. 55 susvisé ne doit pas avoir pour conséquence de favoriser un lucre, mais seulement d'assurer le juste équivalent d'atteintes portées à la situation personnelle, le montant de l'indemnité accordée par la Cour apparaît comme exagéré et il y a lieu de le réduire dans une mesure considérable.

8° Il convient en outre de faire abstraction de la condamnation du recourant à payer l'insertion, dans des journaux, de l'arrêt à intervenir. Les termes de l'art. 55 autorisent le juge à allouer seulement « une indemnité équitable » (eine angemessene *Geldsumme*, dans le texte allemand), à l'exclusion de toute autre adjonction ou aggravation, et en particulier de l'insertion dont il s'agit, laquelle ne se justifierait du reste que comme conséquence d'une sentence pénale.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est partiellement admis, et l'arrêt rendu le 6 Mai 1889 par la Cour de Justice de Genève est réformé en ce sens que l'indemnité à payer par Ch.-L. Ochsenbein à S. Petitpierre est réduite à cinq cents francs, et que le dit Ochsenbein est libéré de toute insertion à ses frais dans les journaux.

L'arrêt susmentionné est maintenu quant au surplus, en particulier en ce qui a trait aux dépens devant les instances cantonales.

VIII. Persönliche Handlungsfähigkeit. Capacité civile.

68. Urtheil vom 2. Februar 1889 in Sachen
Heß gegen Ott.

A. Durch Urtheil vom 30. November 1888 hat das Obergericht des Kantons Thurgau über die Rechtsfragen:

1. Ist der Appellant pflichtig, den am 9. Juni 1888 von ihm mit dem Appellaten abgeschlossenen Regenschafstentkaufvertrag zu erfüllen?
2. Ist eventuell der Entschädigungsanspruch des Appellaten rechtlich begründet?

erkannt:

1. Seien beide Rechtsfragen verneinend entschieden.
2. Zahle Appellant ein zweitinstanzliches Gerichtsgeld von 40 Fr. und habe er bei dem Appellaten an Prozeßkosten 80 Fr. im Ganzen zu erheben.

B. Gegen dieses Urtheil ergriff der Kläger die Weiterziehung an das Bundesgericht. Bei der heutigen Verhandlung beantragt sein Anwalt:

1. Es sei die Vormundschaftsbehörde des Isaaß Ott in Ermatingen gehalten, den zwischen Roman Heß und Isaaß Ott unterm 9. Juni gleichen Jahres abgeschlossenen Kauf zu erfüllen.

2. Eventuell sei unter Bezugnahme auf Art. 6 des Bundesgesetzes betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit ein Beweisverfahren darüber einzuleiten, ob Roman Heß sich in Bezug auf den Geisteszustand des Isaaß Ott in gutem Glauben befunden habe.

3. Eventuellst sei die Vormundschaftsbehörde des angeblich geistesgestörten Isaaß Ott pflichtig zu erklären, dem Appellanten Heß eine angemessene Entschädigung zu bezahlen, unter Kostenfolge.

Dagegen trägt der Anwalt des Beklagten und Refurßbeklagten auf Abweisung der gegnerischen Beschwerde und Bestätigung des Appellationsurtheils unter Kostenfolge an.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Am 9. Juni 1888 kaufte der Beklagte Isaaß Ott vom Kläger dessen Wohn- und Oekonomiegebäude zum Schönthal in Mammern sammt anstoßendem Kraut- und Baumgarten um den Preis von 16,500 Fr. Isaaß Ott, geb. 1849, hat von jeher den Beruf eines Fischers betrieben, ist unverheirathet und besitzt ein Vermögen von circa 1500 Fr. Schon vor dem Abschlusse des Kaufvertrages vom 9. Juni 1888 (am 30. Mai 1888) hatten seine Unverwandten beim Waisenamte Ermatingen auf Entmündigung desselben wegen Geisteskrankheit angetragen. Am 15. Juni wurden ihm in Folge des eingeleiteten Entmündigungsverfahrens die Protokolle gesperrt und am 20. Juli 1888 wurde er vom Bezirksrath wegen Geisteskrankheit unter Vormundschaft gestellt. Das Waisenamte Ermatingen bestritt nun die Gültigkeit des Kaufvertrages vom 9. Juni 1888 wegen mangelnder Willensfähigkeit des Käufers, eventuell wegen dolus des Verkäufers, welcher den Geisteszustand des Käufers gekannt habe, und wegen wesentlichen Irrthums. Der Verkäufer klagte daher auf Erfüllung des Vertrages, indem er die Einreden der mangelnden Handlungsfähigkeit, des dolus und des wesentlichen Irrthums bestritt; eventuell verlangte er Entschädigung, weil er durch den freitigen

Kauf um die Möglichkeit, einen guten Preis für seine Liegenschaft zu erzielen, gebracht worden sei. Die erste Instanz (Bezirksgericht Kreuzlingen) heß durch Urtheil vom 25. September 1888 die Klage auf Vertragserfüllung gut, das Obergericht dagegen wies dieselbe durch die Fakt. A erwähnte Entscheidung ab. Dasselbe erachtete die Einrede der mangelnden Handlungsfähigkeit, gestützt auf Art. 4 des Handlungsfähigkeitsgesetzes und Art. 31 D.-R., als begründet. Es führt aus: Nach den citirten Gesetzesbestimmungen seien vertragsunfähig nicht nur Persönlichkeiten, die vollständig vernunftlos oder vollständig blödsinnig seien, sondern auch Personen, deren Geisteszustand derart sei, daß sie keinen bewußten Willen haben. Aus einem (im Entmündigungsverfahren eingeholten) ärztlichen Gutachten ergebe sich nun, daß der Geisteszustand des Beklagten derart sei, daß nicht angenommen werden könne, er habe einen bewußten Willen zur Zeit des Vertragsabschlusses gehabt. In dem ärztlichen Gutachten ist im Wesentlichen konstatiert: Der Beklagte sei im Jahre 1879 wegen eines im Januar dieses Jahres in Folge hypochondrischer Anwandlungen unternommenen Versuchs, sich zu ertränken, in die Irrenanstalt Münsterlingen verbracht worden. Dort habe seine Krankheit ihren Höhepunkt erreicht; er habe sich apathisch verhalten, habe, anscheinend in Folge hypochondrischer Wahnideen, zum Essen genöthigt werden müssen und sei auch im Juni 1879 als ungeheilt entlassen worden. Seither scheine er sich geraume Zeit hindurch ordentlich befunden zu haben, sei indeß immerhin ein menschen scheuer Sonderling geblieben. In neuerer Zeit habe er wieder durch verschiedene Streiche, welche an seiner Zurechnungsfähigkeit haben zweifeln lassen, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Er habe in Mammern ein Grundstück gekauft und auf demselben, zu Zwecken des Fischfangs bei Hochwasser, einen Weiher eingerichtet, der eine durchaus verkehrte Anlage sei; er habe nach Amerika auswandern wollen und dabei angegeben, wenn er dort keine Gelegenheit zum Fischen habe, so werde er die Fische per Bahn beziehen und damit Handel treiben; sodann habe er den mit seinen Bedürfnissen, als alleinstehender Mann, und mit seinen Mitteln in keinem Verhältnisse stehenden Hauskauf abgeschlossen, ohne sich über den Ertrag des Hauses irgendwie

Rechenschaft zu geben, oder sich um die Beschaffung des Kaufgeldes zu kümmern. Der Beklagte leide an einem geistigen Schwächezustand, der ihn unfähig mache, sein Vermögen selbst zu verwalten. Rückfichtlich des eventuellen Entschädigungsbegehrens des Klägers bemerkt das Obergericht, der Kläger habe den geistigen Zustand und die Verhältnisse des Beklagten gekannt, auch einige Tage nach Abschluß des Vertrages erfahren, daß das Waisenamt Ermäntungen den Kaufvertrag anfechten werde. Wenn er nun durch sein Versteifen auf sein angebliches Recht, Nachtheile erlitten habe, so möge er sich dies selbst zuschreiben.

2. Die persönliche Handlungsfähigkeit regelt sich, soweit kantonales Recht nicht ausdrücklich vorbehalten ist, für das gesammte Gebiet des Privatrechts, also auch für die im Uebrigen kantonalrechtlicher Normirung vorbehaltenen, Kaufverträge über Liegenschaften nach eidgenössischem Rechte, das heißt, nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1881. Da die übrigen Voraussetzungen der bundesgerichtlichen Kompetenz nach Art. 29 D.-G. gegeben sind, so ist daher das Bundesgericht kompetent zu prüfen, ob durch die Vorinstanz die Einrede der mangelnden Handlungs- resp. Willensfähigkeit des Beklagten richtig beurtheilt worden sei. Dagegen wäre es nicht kompetent zu untersuchen, ob die anderweitigen Einwendungen gegen die Gültigkeit des streitigen Liegenschaftskaufes (die Einwendungen des Irrthums und des Betruges) begründet seien; denn in dieser Richtung ist für Liegenschaftskäufe nicht eidgenössisches, sondern kantonales Recht maßgebend. (S. Entscheidung in Sachen Mikolajczak, Amtliche Sammlung XIII, S. 509 u. ff. Erw. 2.)

3. Bei Prüfung der in seine Kompetenz fallenden Frage der Handlungsfähigkeit des Beklagten ist das Bundesgericht gemäß Art. 30 D.-G. an den von den kantonalen Gerichten festgestellten Thatbestand gebunden; es hat lediglich zu untersuchen, ob nicht die kantonale Entscheidung durch unrichtige Auffassung oder Anwendung des Rechtsbegriffes der Willensfähigkeit das Bundesgesetz verlege. Das angefochtene Urtheil nimmt nun, gestützt auf das im Entmündigungsverfahren eingeholte ärztliche Gutachten, an, der Geisteszustand des Beklagten zur Zeit des Vertragsabschlusses sei ein derartiger gewesen, daß derselbe keinen bewußten

Willen gehabt habe. Daß dieser Annahme ein Rechtsirrtum zu Grunde liege, ist nicht ersichtlich. Ein Rechtsirrtum läge allerdings vor, wenn das Gericht die Willensfähigkeit wegen bloßer Wunderlichkeit oder Verschrobenheit der Charakteranlagen, oder wegen bloßer Schwäche der Intelligenz des Beklagten verneinte. Dies ist aber doch nicht der Fall; vielmehr geht das Obergericht offenbar von der Annahme aus, der Beklagte habe in Folge einer psychischen Erkrankung einen frei bestimmten Willen zur Zeit des Vertragsabschlusses nicht besessen, sondern sei vielmehr zum Vertragsabschlusse durch eine psychische Störung bestimmt worden.

4. Ist aber demnach ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Beklagte zur Zeit des Vertragsabschlusses gemäß Art. 4 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1881 willensunfähig war, so ist der von demselben abgeschlossene Vertrag zufolge der citirten Gesetzesbestimmung wegen gänzlicher Handlungsunfähigkeit des Käufers nichtig. Darauf, ob der Verkäufer sich in gutem Glauben befand, kommt in diesem Falle überall nichts an, wie denn auch der vom Rekurrenten angerufene Art. 6 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1881 nicht anwendbar ist. Denn der Mangel der natürlichen Willensfähigkeit wirkt ipso jure, ohne daß es einer vorgängigen Entmündigung bedürfte.

5. Was das eventuelle Entschädigungsbegehren des Klägers anbelangt, so ist gar nicht ersichtlich geworden, auf was für einen Rechtsgrund dasselbe sich stützt. Der Kläger hat einfach behauptet, er sei geschädigt worden, ohne jedoch irgendwie näher darzulegen, aus welchem Rechtsgrund er Ersatz des fraglichen Schadens vom Beklagten verlangen könne. Dieses Begehren ist daher ohne weiters und ohne daß näher untersucht zu werden brauchte, ob das Bundesgericht zu dessen Beurtheilung überhaupt kompetent sei, zu verwerfen. Sollte sich dasselbe etwa auf die Vorschrift des Art. 58 D.-R. gründen, so wäre zu erwidern, daß der Abschluß eines nichtigen Vertrages durch einen Willensunfähigen doch kaum nach den Grundsätzen über „unerlaubte Handlungen,“ wie sie in Art. 50 u. ff. D.-R. niedergelegt sind, beurtheilt werden kann und daß übrigens, nach dem für das Bundesgericht verbindlichen Thatbestande der Vorinstanz, hier auch nicht die Rede davon sein könnte, den Beklagten aus Billigkeitsrück-

sichten ausnahmsweise für einen von ihm verursachten Schaden verantwortlich zu erklären.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Weiterziehung des Klägers wird als unbegründet abgewiesen und es hat demnach in allen Theilen bei dem angefochtenen Urtheile des Obergerichtes des Kantons Thurgau vom 30. November 1888 sein Bewenden.

IV. Rechnungswesen der Eisenbahnen. Comptabilité des Compagnies de chemins de fer.

69. Arrêt du 16 Mars 1889 dans la cause Conseil fédéral contre Suisse Occidentale-Simplon.

A la date du 11 Juin 1888, le Conseil fédéral a décidé ce qui suit relativement aux comptes et bilan présentés par la Direction des chemins de fer de la Suisse Occidentale-Simplon pour l'exercice de 1887 :

Les dépenses suivantes, qui figurent au compte de construction, devront être portées à la charge du compte d'exploitation :

1° Les frais pour études et direction des travaux de parachèvement, pour autant qu'ils dépassent la somme de 17 300 fr.

2° 2145 fr. 55 pour ballastage à l'occasion du relèvement de la voie entre Henniez et Granges, kil. 47.7 à 48.3.

3° 876 fr. 50 pour le remplacement de la passerelle en bois au kil. 7.350 à Bussigny, par une construction en fer.

4° 3928 fr. 70, frais d'acquisition d'un nouveau chariot à Yverdon.

5° 1000 fr. pour une nouvelle grue à Colombier.

6° 1000 fr. pour une nouvelle grue à Saxon.

7° 2000 fr., subvention donnée par la Compagnie à la commune de Vevey pour la construction d'une route.

8° 582 fr. 95 pour une coulisse d'égout à Yverdon.

9° 1455 fr. 90, frais de ripage à la gare de Colombier.

10° 723 fr. 75, appareils de désinfection, dont l'acquisition aurait été faite en 1887.

11° 67 523 fr. 08 pour munir le matériel roulant de freins Wenger (continus).

12° 11 690 fr. 01 pour achat de mobilier et ustensiles pour l'ancien réseau.

13° 1957 fr. 90 pour achat de mobilier et ustensiles pour la ligne du Valais.

Le 30 Juin 1888, la Direction des chemins de fer Suisse Occidentale-Simplon informait le Conseil fédéral que l'assemblée générale des actionnaires, tenue le 28 dit, n'avait pas admis les observations du Conseil fédéral, ni les demandes que cette autorité en faisait découler.

En application de l'art. 5 de la loi fédérale du 21 décembre 1883 sur la comptabilité des chemins de fer, le Département fédéral des chemins de fer, au nom du Conseil fédéral, a porté le différend devant le Tribunal fédéral.

Dans son écriture du 27 Juillet 1888, le dit Département motive, en résumé, comme suit les différentes contestations objets du litige :

Ad 1. Dans la première liste des dépenses dont la Compagnie Suisse Occidentale-Simplon entendait débiter le compte de construction pour 1887, elle y faisait figurer 33 416 fr. 28 pour frais d'organisation et d'administration, soit :

Nos 1-16. Traitements et salaires répartis sur seize employés Fr. 28 625 —

N° 17. Déboursés et déplacements » 2 708 20

N° 18. Frais de bureau, ports, etc. » 2 061 50

N° 19. Travail supplémentaire » 21 50

Sur l'observation du Département, la Compagnie a diminué la somme des postes 14, 15 et 16 et de la moitié du chiffre 13, ce qui l'a réduite à 26 930 fr. 28.

Le Conseil fédéral n'admet, sur cette somme, comme pou-